

Kommentar

Lieber Anreize
als VerboteVerkehr muss neu gesteuert
werden – aber richtigBirgitta Stauber,
Politik-Korrespondentin

Wer viel mit dem Auto unterwegs ist, wünscht sich fließenden Verkehr, breite, gut ausgebauten Straßen, dazu grüne Welle. Wer sich aufs Fahrrad setzt, wünscht sich Sicherheit auf breiten Radwegen. Und wer auf Bus und Bahn setzt, wünscht sich schnelle Taktungen und Verlässlichkeit.

Der Verkehrsalltag stimmt damit selten überein. Stau, schlechte Straßen, zu wenig Parkplätze, schlechte Luft, überfüllte S-Bahnen – all dies ist Alltag. Lieferdienste können nicht parken, Radfahrer schimpfen, Fußgänger hetzen über zu kurze Ampelphasen.

Keine Frage: Reformen für einen fließenden Verkehr sind nötig. Schließlich hat die Verkehrsplanung vergangener Jahrzehnte nur noch wenig mit den heutigen Bedürfnissen der Menschen zu tun – von der angestrebten Klimaneutralität einmal ganz abgesehen. An diesem Punkt gilt, tief durchzuatmen – und zwar ideologiefreie Luft. Das Auto verbannen oder nur noch mit Tempo 30 durch die Stadt fahren zu lassen? Ganz auf den Radverkehr und den ÖPNV setzen? Das schafft in einer alternativen Gesellschaft ähnliche Ungerechtigkeiten wie die bestehende Vorfahrt fürs Auto.

Den Kommunen mehr Entscheidungsmacht bei der Verkehrsplanung zu geben, kann der richtige Weg sein, wenn es darum geht, Luft aus dem Kessel zu lassen, mehr Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich sind es meist die kleinen Probleme vor Ort, die Anwohnern und Pendlern das Verkehrsleben schwer machen: die unübersichtliche Kreuzung, die fehlende Ampel, der ständig zugedruckte Radweg. Wenn Verkehrsströme sich ändern sollen, geht das leichter mit Anreizen als mit Verboten, dafür ist das 49-Euro-Ticket ein gutes Beispiel. Weitere sollten folgen.

Bericht Seite 4

Zitat des Tages

Wenn wir es auf den Punkt bringen, ist es in die Hose gegangen. Das, was wir ausprobiert haben, hat in dieser Form nicht geklappt.

Bundestrainer Hansi Flick nach dem 0:2 im Freundschaftsspiel gegen Kolumbien

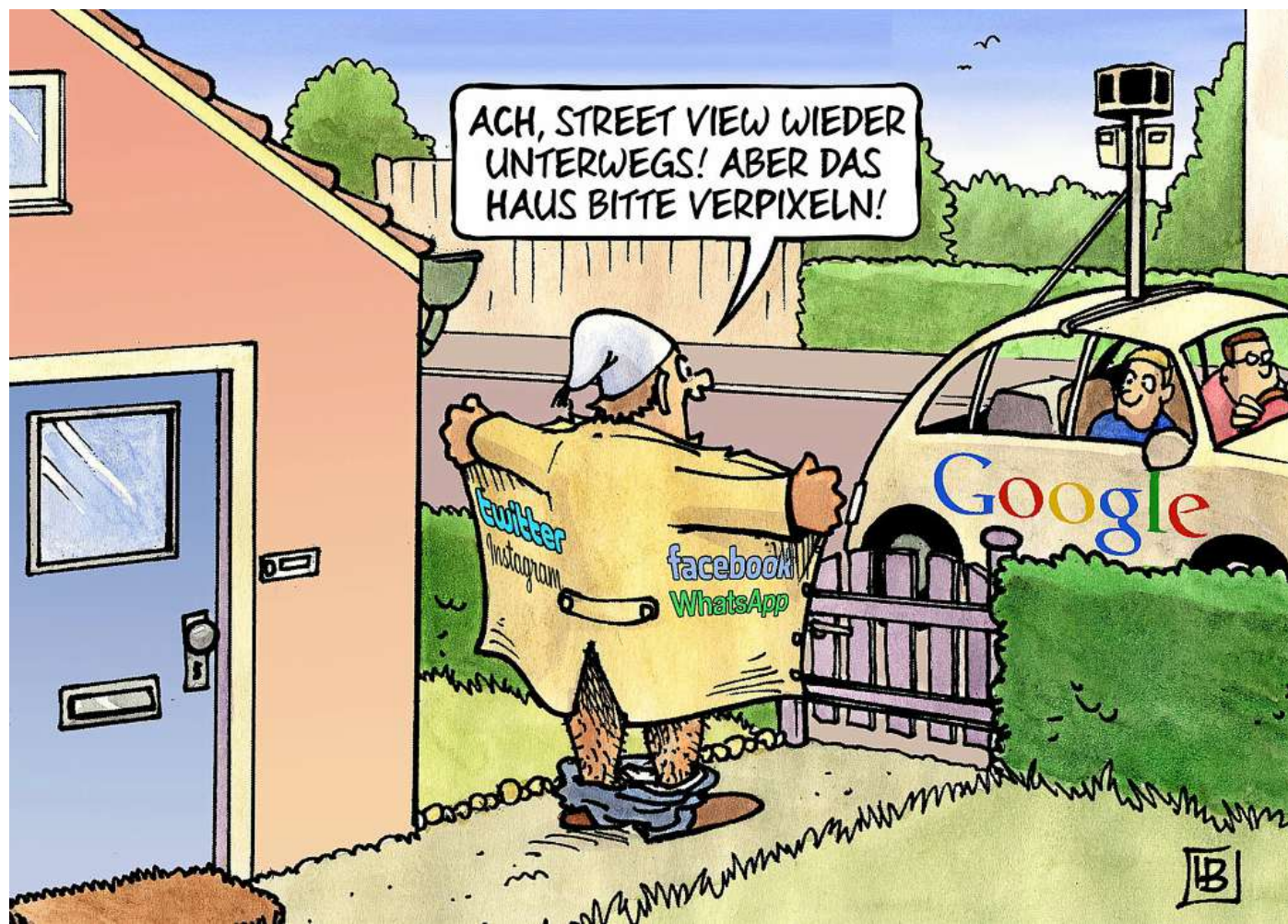
Scholz Update

„Wir werden mit der Inflation leben müssen“

Expertin Heike Adam über Entscheidungen der Bundesregierung, die die Preise weiter nach oben treiben

Wie schlägt sich Olaf Scholz als Bundeskanzler? Was läuft hinter den Kulissen der Ampel-Regierung, wie kommen die Grünen mit den Liberalen zurecht und umgekehrt? Und warum kommunizieren die Regierung und ihr Chef so, wie sie kommunizieren? Das sind ein paar der Fragen, denen wir in unserer Reihe „Das Scholz-Update“ nachgehen. Einmal die Woche spricht Abendblatt-Chefredakteur Lars Haider mit Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten oder anderen Experten über die politische Lage. Alle Gespräche können Sie sich als Podcast unter www.abendblatt.de/podcast in voller Länge anhören. Heute ist die Inflationsexpertin Heike Adam zu Gast.

Die entscheidenden Fragen, die zu klären sind, lauten: Wie lange dauert die Inflation noch, und werden die Preise jemals wieder auf das Niveau zurückgehen, auf dem sie vor dem Krieg Russlands gegen die Ukraine waren? „Dass wir die vergangenen 40 Jahre mit einer vergleichsweise niedrigen Inflation gelebt haben, war eine Ausnahme und ein Glücksfall. Das wird es so nie wieder geben“, sagt Adam. Die Gründe für die geringen Inflationsraten der Vergangenheit seien einer-



HARM BENGENT/TOONPOOL.COM

Leitartikel

AfD greift nach der Macht

Spätestens jetzt ist „Protest“ kein Grund mehr, ganz rechts zu wählen

Es ist gute zehn Jahre her, dass ein etwas schrulliger Wirtschaftsprofessor aus Hamburg eine Partei gründete, die den Euro abschaffen und die europäische Euro-Rettungspolitik verhindern wollte. Beim Gründungsparteitag am 13. April 2013 im Saal des Berliner Interconti war die Euphorie der 1500 Gründer – es waren überwiegend Männer – groß.

Es war die Geburtsstunde der „Alternative für Deutschland“, die schon damals den bestehenden Parteien ein Dorn im Auge war. Aber nicht, weil sie früh als rechtsextrem verortet wurde, sondern weil sie unliebsame Konkurrenz war. Das gehört zur Wahrheit, wenn man über die heutige AfD urteilt.

Aus dem Neuling AfD ist über die Jahre eine Partei geworden, die sich beständig aus einem zutiefst bürgerlichen Lager an den ganz rechten Rand gearbeitet hat. Hans-Olaf Henkel, Ex-BDI-Präsident und einer der Gründer, hat es nach seinem Ausstieg aus der AfD so formuliert: „Am Anfang wurden wir als Professorenpartei verunglimpft. Dann begannen Altparteien und Medien das Mantra von der rechtspopulistischen Partei zu wiederholen. Meiner Beobachtung nach haben erst danach Rechtspopulisten gesagt: Oh, da gibt es eine neue Partei für uns, da treten wir ein. Unser Fehler war, das zu spät gemerkt zu haben.“

Jörg Quoss,
Chef der Zentralredaktion

Es ist fast müßig zu debattieren, ob Henkel mit dieser Analyse recht hat, denn die Partei hat bis heute längst Fakten geschaffen. Sie ist mittlerweile Lichtjahre von den enttäuschten Professoren entfernt. Die AfD ist auf strammem Rechtskurs und zieht gleichzeitig immer mehr Wählerinnen und Wähler an.

Laut jüngsten Umfragen würden 20 Prozent ihr Kreuz bei der AfD machen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Das heißt: Aktuell unterstützt jeder fünfte Deutsche im wahlfähigen Alter eine Partei, die der Verfassungsschutz wegen verfassungsfeindlicher Strömungen, Hass und Hetze gegen Minderheiten, Muslime, Migranten und Homosexuelle als rechtsextremen Verdachtsfall führt und Teile der Partei bereits beobachtet.

Die Frage „Wie umgehen mit der AfD?“ ist längst beantwortet. Keine Partei will mit ihr gemeinsame Sache machen. Die Auseinandersetzung muss über die öffent-

liche Debatte mit den besseren Argumenten stattfinden, denn Ignorieren und Totschweigen hilft nicht. Das ist die Lehre der vergangenen Jahre.

Besonders hart muss man die Partei bei dem Versuch stellen, die deutsche Gesellschaftsschreibung zu klittern. Der Versuch, die Zeit des Nationalsozialismus als „Fliegenschiss“ zu verharmlosen, war bodenlos. Und man muss ihre erstaunliche Ideenlosigkeit anprangern. Das programmatische Angebot, dass alles so bleiben sollte wie früher, mag für viele Menschen verlockend sein. Aber es ist keine verantwortliche Politik in einer Welt, die durch Kriege, Umwelterstörung und durch mächtige Autokraten aus den Fugen gerät. Jetzt will die Partei mit einem eigenen Kanzlerkandidaten oder einer -kandidatin ins Rennen gehen. Das erscheint wegwegen, aber damit zeigt die AfD, wie selbstbewusst sie zur Macht drängt. Ihre treue Kernwählerschaft wird das gut finden. Aber der angekündigte Schritt muss denen zu denken geben, die aus Protest sympathisieren.

Denn es ist ein großer Unterschied, ob man den „Etablierten“ in der Anonymität der Wahlkabine eins auswischen oder ob man von einem AfD-Kanzler wirklich regiert werden will. Jetzt heißt es Farbe bekennen – für die Demokratie.

Bericht Seite 3

Briefe an die Redaktion

„Bahnhöfe sollten Visitenkarten der Stadt sein, sind es aber leider nicht“

Ein Sofortprogramm muss her
21. Juni: „Bahn saniert 1800 Bahnhöfe. Bis 2030 sollen Gebäude und Schienennetz deutlich verbessert werden. Start ist nach der EM im Sommer 2024“

Bahnhöfe sollten Visitenkarten der Stadt sein, sind es aber leider nicht. Jeder Bahnfahrende wird feststellen, dass die Bahnhöfe der DB in den letzten Jahren immer weiter heruntergekommen, ja fast vergammelt sind. Da helfen auch manche kurzfristigen „Aufhübschungsmaßnahmen“ nichts, wenn die Grundstrukturen verrotten sind. Dies ist gut am Hauptbahnhof und am Altonaer Bahnhof zu besichtigen. An letzterem wurde für 18 Millionen Euro vor wenigen Jahren der S-Bahn-Teil mit mehr Läden und Imbissbuden versehen, aber jetzt schon zeigen sich wieder Wasserschäden an Decken und Säulen. Den oberirdischen Teil des Bahnhofs Altona lässt man bewusst weiter vergammeln, denn den will die Deutsche Bahn ja gerne 2028 stilllegen. Aber bis dahin müssen die Fahrgäste ohne witterungsgeschützte Sitzmöglichkeiten, ausreichende Toiletteneinrichtungen und Fahrradstellplätze auskommen. Auch behindert der stete Kleinkrieg zwischen den beiden DB-Gesellschaften DB Station&Service AG und DB Netz AG eine sachgerechte Instandhaltung, Pflege und Reinigung der Bahnhöfe. So kommt es zu der skurrilen Situation, dass für den Müll auf den Bahnsteigen DB Station&Service verantwortlich ist, weht der Wind diesen aber auf die Gleisanlagen, dann muss ihn DB Netz beseitigen. Dafür muss diese aber mindestens ein halbes Jahr zuvor eine Streckensperrung anmelden. Also bleibt der Müll liegen, und auf allen großen Bahnhöfen im Netz der DB AG sehen die Gleisanlagen an Bahnhöfen aus wie eine Müllkippe. Nein, es bedarf keiner aufwendigen milliardenschweren Sanierungsprogramme, die letztendlich wieder nur der Steuerzahler bezahlt, sondern einer systematischen Pflege, regelmäßigen, gründlichen Reinigung der bestehenden Anlagen, der sofortigen Ausführung von Kleinreparaturen und einer Verantwortlichkeit für das Gesamtobjekt Bahnhof, einschließlich des Umfeldes. Und das sofort! Aber daran scheitert es. Denn wesentliche Teile z. B. des Hauptbahnhofs, wie die Wandelhalle, gehören einem Immobilienfonds und nicht der DB, der hat aber andere Interessen als die Bahn und Fahrgäste. Letztere leiden am meisten unter verdreckten und gepflegten Bahnhöfen. Dafür muss ein Sofortprogramm her und kein vages Sanierungsversprechen für einen Zeitraum zwischen 2024 und 2030 für effektiv nur ein Drittel der 5700 Bahnhöfe, für die DB Netz und DB Station&Service verantwortlich sind, damit alle Bahnhöfe schon für die Fußball-EM 2024 eine Visitenkarte für ein gastfreundliches Deutschland sind.

Michael Jung

seitens des Senators bzw. seiner Behörde. Solange sich daran nichts ändert, bleiben für uns all die verheißungsvollen Ankündigungen zum Ausbau der Fernwärme in Hamburg Sprechblasen!

Dirk Holm, Hamburg-Wilhelmsburg

Wasserstoff für alle

Ich bin schon sehr überrascht, was unser Senator Jens Kerstan dort in dem Artikel zum Ausdruck bringt. Das Netz der Gasnetze Hamburg GmbH seiheute schon nahezu zu 100 Prozent wasserstofffähig. Pilotprojekte wie am Schiffgraben in Hamburg-Bergedorf haben gezeigt, dass auch lokale Wärmeerzeugungsanlagen wasserstofffähig sind. Überraschend wirkt auch die Aussage, dass die Nutzung von Wasserstoff im Raumwärmemarkt eine Fata Morgana sei, wenn man sich diesbezüglich einmal die vom Nationalen Wasserstoffrat in Auftrag gegebenen renommierten Studien des Fraunhofer-Instituts anschaut, in der in der Abhängigkeit vom Wasserstoffpreis sehr wohl mit einer substanzialen wasserstofffähigen Infrastruktur im Raumwärmemarkt gerechnet wird. Warum soll in einer Stadt, die aktuell das größte Industriewasserstoffnetz in Deutschland plant, dem Kunden der Zugang zu dieser umweltfreundlichen Technologie verwehrt bleiben?

Thies Hansen

CO₂-Abgabe auch für China

20. Juni: „Großes Interesse an Elektroautos aus China“ und 19. Juni: „Solarindustrie: Europa ist abgehängt. Chinesen beherrschen den Markt“

Was auf den ersten Blick als gute Nachricht in Bezug auf die Abkehr von der Verbrennung fossiler Rohstoffe erscheint, lässt mich beim zweiten Nachdenken doch etwas zweifeln. Mit keinem Wort wird in den Artikeln auf die Produktionsbedingungen in China eingegangen. Produkte aus China sind unter anderem auch deshalb billiger, weil dort mit viel geringeren Umweltauflagen und daher mit viel höheren Schadstoffemissionen als in Deutschland produziert wird. Wenn wir ernsthaft die globalen CO₂-Emissionen senken wollen, muss eine CO₂-Bepreisung nicht nur für im Inland entstehende CO₂-Emissionen erfolgen. Eine deutlich merkbarere CO₂-Abgabe muss auch auf alle importierten Waren erhoben werden. Nur so können wir sicherstellen, dass ein, hinsichtlich CO₂-Emissionen, fairer Wettbewerb entsteht, anstatt dass Produktionsbetriebe in das Ausland abwandern, um günstiger produzieren zu können.

Peter Neitzel

Organspender nicht vergessen

19. Juni: „Aktion: Wer wird der Lebensretter 2023?“

Was für eine tolle Aktion, die Lebensretter 2023 zu ehren! Leider wird dabei die größte Gruppe der Lebensretter vergessen: Im Jahr 2022 haben 893 Menschen post mortem ihre Organe gespendet. Dadurch konnte jeweils bis zu sieben Menschen das Leben gerettet werden. In anderen Ländern wird diese große Geste der Menschlichkeit besonders gewürdigt, in Deutschland und bei dieser Aktion leider nicht. Sehr schade!

Ralf Struckhof

Am besten schlafen gehen

21. Juni: „Ein neuer Tiefpunkt. Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft verliert auch das Testspiel gegen Kolumbien mit 0:2“

Schon wieder verloren, und wie! Sorry, ich finde Hansi Flick als Typ eigentlich gar nicht schlecht. Er hat wirklich beeindruckende Leistungen bei Bayern München vollbracht, aber was gerade in der Nationalmannschaft läuft, ist wirklich gruselig. Kein „Punch“, überhaupt nichts. Harmloses Hin-und-her-Gekicke. Ein bisschen „Pingpong am Nachmittag“, wenn es nicht ganz so heiß ist. Da gucke ich lieber Propagandasendungen wie „Maischberger“ oder „Lanz“. Aber die sind unter dem Strich auch ganz furchtbar. Am besten schlafen gehen.

Thomas Börnchen, Hamburg

Schreiben Sie uns gerne an brieft@abendblatt.de oder per Post an das Hamburger Abendblatt, 20445 Hamburg. Von den vielen Leserbriefen, die uns erreichen, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Teilweise müssen wir kürzen, um möglichst viele Meinungen zu veröffentlichen. Mit Ihrer Einsendung erlauben Sie uns, alle Inhalte und Ihre Kontaktdaten an die zuständigen Redakteurinnen/Redakteure und/oder an externe Autorinnen/Autoren weiterzuleiten. Sollte eine Weiterleitung Ihrer Kontaktdaten und eine Dialog mit uns nicht gewünscht sein, bitten wir um Mitteilung. Einsendungen werden sowohl in der gedruckten Ausgabe sowie den digitalen Medien vom Abendblatt veröffentlicht und geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Veröffentlichte Leserbriefe finden Sie auch auf abendblatt.de/leserbriefe.

Das Scholz-Update
Der Kanzlerpodcast

FUNKLE